

Mit chemischen und publizistischen Waffen

Wie die DDR die Vorbereitung eines Giftkrieges erfand

Detlef Kühn

Der Vorwurf des Militarismus und der Vorbereitung eines Angriffskriegs spielte in der Agitation der DDR gegenüber der Bundesrepublik Deutschland stets eine große Rolle. In diesem Zusammenhang wurde die Bundesrepublik auch beschuldigt, nach dem Besitz von Atomwaffen zu streben. Weiterhin wurde der Bundesrepublik vorgeworfen, bakterielle und chemische Waffen zu entwickeln und dabei an entsprechende Bestrebungen des Dritten Reichs anzuknüpfen. Eine größere Propaganda-Aktion dieser Art fand in den Jahren 1968 und 1969 statt. Dabei ging es insbesondere darum, die westdeutsche und internationale Öffentlichkeit gegen die Bundesregierung – damals der Großen Koalition – zu mobilisieren.

Dem Einsatz westlicher Presseorgane wie der Zeitschrift *konkret* kam dabei eine besondere Bedeutung zu. Die Rolle, die der Journalist Günter Wallraff damals in diesem Zusammenhang gespielt hat, und neuere Veröffentlichungen über ihn in Tageszeitungen und Zeitschriften¹ rechtfertigen es, die damaligen DDR-Aktionen im Zusammenhang darzustellen. Dabei ergeben sich interessante Einblicke in das Zusammenspiel von SED-Führung, die für alles verantwortlich war, Ministerium für Staatssicherheit, Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Teilen der Westpresse und einigen DDR-Wissenschaftlern (Pharmakologen, Toxikologen und Bakteriologen), denen die Aufgabe zugewiesen wurde, mit ihrem Ansehen und ihrem oft guten Namen die Vorwürfe gegen den Westen fachlich abzusichern.

Die Vorbereitung

Im November 1968 siedelte der wissenschaftliche Mitarbeiter am Institut für Aerobiologie in Grafschaft/Sauerland, Dr. rer. nat. Ehrenfried Petras, in die DDR über. Er gab dort an, Leiter des Labors für Mikrobiologie des der Fraunhofer-Gesellschaft unterstehenden Instituts gewesen zu sein, und berichtete über die Organisationsstruktur des Instituts, die Aufgaben und Forschungsschwerpunkte sowie speziell seine eigene rund neunjährige Tätigkeit. Da er auch über unter Umständen militärisch relevante Arbeiten berichtete, erkannten seine DDR-Gesprächspartner bald, daß sich hier eine Chance bot, mit einer gewissen Aussicht auf Glaubwürdigkeit das Bundesministerium der Verteidigung in Bonn der Entwicklung von biologischen und chemischen Kampfstoffen zu beschuldigen.

Die Westabteilung des ZK der SED unter dem Abteilungsleiter Heinz Geggel legte am 2. Dezember 1968 dem Sekretariat des ZK einen Beschlußvorschlag zur Durchführung einer „Kampagne zur Enthüllung der B- und C-Waffen-Rüstung in Westdeutschland“ vor, den der für den „Arbeitsbereich Agitation“ zuständige stellvertretende Abteilungs-

¹ Vgl. Die Welt vom 11., 12., 13. und 19. August, 1. September 2003, sowie insbesondere Knabe, Hubertus: Der diskrete Charme der Desinformation. Wie die Stasi-Akten Wallraffs Beteiligung an Verleumdungskampagnen des DDR-Regimes darstellen. In: Die Welt vom 11. September 2003., S. 4; Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 5. September 2003; Der Tagesspiegel vom 4., 5. und 7. September 2003; Der Spiegel Nr. 36/2003., S. 36 ff.; u.a.

leiter Günter Pötschke ausgearbeitet hatte und der aus fünf Punkten bestand.² Die Vorlage war mit dem Ministerium für Staatssicherheit und dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten abgestimmt.

Punkt 1 sah die Durchführung einer Pressekonferenz am 6. Dezember 1968 vor, auf der „Petras anhand seiner bisherigen Tätigkeit und seiner eigenen Erfahrungen Ausmaß und Gefährlichkeit der Entwicklung biologischer und chemischer Massenvernichtungsmittel in Westdeutschland nachweist.“ Danach sollte der Stellvertreter des Außenministers, Günter Kohrt, eine „grundsätzliche Erklärung des Außenministeriums zur politischen und völkerrechtlichen Charakterisierung der aggressiven Machenschaften des Bonner Regimes auf diesem Gebiet“ abgeben. Ein dokumentarisches Pressmaterial sollte vorgelegt werden, das die „wichtigste Substanz einer in Vorbereitung befindlichen größeren Dokumentation“ enthält, die später international verbreitet werden konnte.

Punkt 2 sah die Ausarbeitung dieser „umfassenden Dokumentation über die B- und C-Waffen-Rüstung in Westdeutschland“ vor, die durch ein „noch auszuarbeitendes Gutachten eines Gremiums prominenter Wissenschaftler der DDR eingeleitet wird.“ Für eine „große internationale Verbreitung dieser Dokumentation“ sei Sorge zu tragen.

Punkt 3 sah im Gefolge der Pressekonferenz eine Reihe von publizistischen Maßnahmen vor, „um eine möglichst breite internationale Wirkung zu erreichen (Veröffentlichungen in großen Publikationsorganen Westdeutschlands und des westlichen Auslandes; Vermittlung einer begrenzten Anzahl von Exklusivinterviews mit Dr. Petras für einige westliche Fernsehstationen und Zeitungen).“ Zugleich sei anzustreben, „Proteste, Stellungnahmen usw. seitens westdeutscher und ausländischer progressiver Organisationen, Wissenschaftler-Vereinigungen, bekannter Einzelpersonlichkeiten usw. zu bewirken.“

Laut Punkt 4 war zu überprüfen, ob der ganze Sachverhalt in geeigneter Form der UNO unterbreitet werden sollte.

Aufschlußreich für die Pressepolitik der DDR ist Punkt 5: „Bei der Festlegung des konkreten Inhalts der Pressekonferenz [...] wird strikt die mögliche Auswirkung auf die eigene Bevölkerung in Rechnung gestellt. Grundrichtung der Kampagne: Das im westlichen Ausland verbreitete Material ist in seiner konkreten Aussage (Einzelheiten der bereits erforschten Möglichkeiten zur Massenvernichtung von Menschen) weitergehend als die Inlandsversion zu gestalten.“

Nach Genehmigung durch das Sekretariat des ZK wurde der Plan im wesentlichen wie vorgeschlagen realisiert. Allerdings wurde in der Pressekonferenz dem Hauptbelastungszeugen Dr. Petras noch der renommierte damalige Professor für Pharmakologie und Toxikologie und Direktor des Pharmakologischen Instituts der Humboldt-Universität in Berlin, Friedrich Jung, zugleich Direktor des Instituts für Pharmakologie der Deutschen Akademie der Wissenschaften in Berlin-Buch, zur Seite gestellt. Eine weitere Verstärkung war Prof. Dr. Gerhard Reintanz, seit 1958 Professor für Völkerrecht an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Reintanz gehörte der (Ost-)

² Den Vorgang aus den Beständen der SAPMO-BArch verdanke ich Herrn Prof. Dr. Helmut Kewitz in Berlin; zur Westabteilung vgl. Staadt, Jochen: Die geheime Westpolitik der SED 1960–1970. Von der gesamtdeutschen Orientierung zur sozialistischen Nation. Berlin 1993 (Studien des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin), S.140 ff., 227 ff.; vgl. Pötschke, Günter: Westabteilung des ZK der SED: Schreiben vom 21. November 1968 betr. Vorbereitung einer Kampagne gegen BC-Waffen in Westdeutschland. SAPMO-BArch, DY 30/IV A2/2.028/14, Bestand Büro Prof. Albert Norden.

CDU an, so daß nunmehr auch diese Blockpartei in die Aktion eingebunden war.³ Auf Jungs Rolle wird noch besonders einzugehen sein. Er gehört jedenfalls neben dem damaligen Rektor der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald, Prof. Dr. Werner Scheler, und Prof. Dr. Horst Ankermann von der Friedrich-Schiller-Universität Jena, beide Pharmakologen, zu den angeblichen Gutachtern des „Gutachtens über die Schaffung von Voraussetzungen für die biologische und chemische Kriegführung in Westdeutschland“, das der in Punkt 2 vorgesehenen „umfassenden Dokumentation“ beigegeben wurde. Sie wurde 1969 unter dem Titel „Bonn bereitet Giftkrieg vor“ vom Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR herausgegeben und im Staatsverlag der DDR veröffentlicht.

Von den in Punkt 3 erwähnten „ausländischen“ (aus der Sicht der DDR) Publikationen lassen sich derzeit ein Interview mit Ehrenfried Petras am 6./7. September 1969 in der Westberliner SED-Zeitung *Die Wahrheit* und ein Bericht in der skandinavischen Wochenzeitung *Tidsignal* vom 14.-20. August 1969 nachweisen. Am wichtigsten war jedoch für die Kampagnen-Führer in der DDR sicherlich der Bericht von Günter Wallraff, Reinhard Strecker und Manfred Gfellschild in der Ausgabe Nummer 21 der Hamburger Zeitschrift *konkret* vom 2. Oktober 1969. Auch auf diesen Beitrag ist noch ausführlicher einzugehen.

Allerdings ist die Hoffnung der DDR, Wissenschaftler-Vereinigungen, andere Organisationen und bekannte Einzelpersonlichkeiten in nennenswerter Zahl zu Protesten und Stellungnahmen gegen Bonn veranlassen zu können, nicht in Erfüllung gegangen. Dazu mag beigetragen haben, daß das politische Bonn sich aller heftigen Proteste gegen die eigentlich haarsträubenden Vorwürfe enthielt. Der Staatssekretär im Bundesministerium für Gesundheitswesen, Ludwig von Manger-König, empfahl den von der DDR beschuldigten westlichen Wissenschaftlern, die Sache herunterzuspielen und jede Gelegenheit zu vermeiden, die weitere Polemiken der DDR herausfordern könnte, wie sich Prof. Helmut Kewitz gegenüber dem Autor erinnerte. Dadurch sei es in der Tat gelungen, „die Flammen der Diffamierung klein zu halten.“ In diesem Zusammenhang ist zu berücksichtigen, daß die Bundesrepublik die DDR zu diesem Zeitpunkt noch nicht einmal staatsrechtlich anerkannt hatte. Sie wollte vor allem eine internationale Aufwertung der DDR vermeiden.

Die in Punkt 4 seitens der Westabteilung des ZK erwogene Befassung der UNO mit diesem Vorgang scheint unterblieben zu sein.

„Bonn bereitet Giftkrieg vor“

Diese 1969 in Ost-Berlin erschienene DDR-Broschüre umfaßt 110 Seiten. Einer Einleitung folgen die Erklärungen von Dr. Petras und dem stellvertretenden DDR-Außenminister Kohrt am 6. Dezember 1968, dann das oben erwähnte „Gutachten“ der drei Wissenschaftler. Es schließt sich ein „Appell an die Wissenschaftler, Ingenieure und Techniker in der westdeutschen Bundesrepublik“ an, ebenfalls von Petras und drei weiteren Physikern aus der Bundesrepublik, die angeblich auch in die DDR übergetreten waren. Die übrigen vier Unterzeichner des Appells werden nicht näher vorgestellt, sollen aber auch früher einmal im Westen tätig gewesen sein. Nach Darstellung von Hubertus Knabe sind sie alle vom MfS „zurückgerufen“ worden. Das nächste Kapitel mit der Überschrift „Westdeutschland – die Heimstatt des Verbrechens“ scheint eher

³ Buch, Günther: Namen und Daten wichtiger Personen der DDR. 3. Aufl., Berlin/Bonn 1982, S.254 f.

für den inneren DDR-Gebrauch konzipiert gewesen zu sein (s.o. Punkt 5). Es endet mit einem Absatz mit der Überschrift „Es gilt, den imperialistischen Mordbrennern und Giftmischern in den Arm zu fallen!“ Dieser Überschrift entspricht auch der Inhalt.

Interessanter ist das letzte Kapitel „Wissenschaft und Technik im Dienste des Verbrechens“. Hier werden zuerst einmal 27 Wissenschaftler namentlich genannt und mit mehr oder weniger informativen biographischen Daten vorgestellt, die angeblich „an der Entwicklung von B- und C-Kampfstoffen beteiligt sind.“ Es folgen neun Universitäten und Hochschulen sowie sechs Firmen, darunter die drei IG-Farben-Nachfolger, denen das Gleiche unterstellt wird. In allen Fällen wird das deutlich, was die Achillesferse des ganzen Pamphlets ausmacht und letztlich den erhofften politischen Erfolg der Broschüre verhindert haben dürfte: Es wird nicht unterschieden zwischen der Produktion von Massenvernichtungswaffen, Mitteln der Schädlingsbekämpfung und Gegenmitteln zu Abwehrzwecken („Antidots“). Dem Klassenfeind wird einfach alles Böse unterstellt.

Wissenschaftler werden mißbraucht oder lassen sich mißbrauchen

Die DDR-Propagandisten der Westabteilung haben die Schwachstelle in ihrer Beweisführung zumindest geahnt. Wenn wir drei auch in westlichen Fachkreisen angesehene Wissenschaftler wie die Professoren Jung, Scheler und Ankermann als „Gutachter“ einsetzen, wird das wohl auch Zweifler überzeugen, mögen sie sich gedacht haben. Zwar ist der Stil des „Gutachtens“ alles andere als wissenschaftlich nüchtern, aber was ist von der Aussage zu halten, „Wissenschaftler wie Prof. Dr. Kewitz, der im Auftrage der US-Streitkräfte an militärtoxikologischen Forschungsarbeiten beteiligt ist, scheuen sich nicht, die antihumanen und völkerrechtswidrigen Aggressionsvorbereitungen Westdeutschlands mit voranzutreiben“? In bezug auf Kewitz, der Professor an der Freien Universität Berlin war, hatte Jung zwar in der Pressekonferenz am 6. Dezember 1968 die Aufforderung des Versammlungsleiters Lorf vom Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten ignoriert, der ihn mit den Worten ins Gespräch bringen wollte: „Ich darf vielleicht bitten, daß der Kollege Dr. Jung die Frage nach der Einbeziehung Westberlins in die Entwicklung von B- und C-Stoffen beantwortet.“⁴ Nach ihm erklärte aber Professor Reintanz, der offenbar besonders wenig Zeit zur Vorbereitung hatte, den Teilnehmern an der Pressekonferenz: „Sie finden in dem Material auch noch den Namen eines Professors Dr. Kewitz. Das ist ein Mann, der früher an der Westberliner Universität gelehrt hat, und der dann in die USA-Armee geholt wurde. Es ist nicht anzunehmen, daß sich die USA-Armee für ihre Tätigkeit einen Neuling holt, sondern sie wird sich sicher einen Fachmann geholt haben. Prof. Kewitz ist jetzt wieder in Hannover beschäftigt. Jedenfalls beweist das, daß in Westberlin B- und C-Waffenforschung betrieben wird, und diese Tatsache ist allein schon eine Bedrohung für die Westberliner Bevölkerung, für den europäischen Frieden und auch ein erneuter Beweis, wie sehr Bonn versucht, Westberlin in seine Aufrüstungsbeziehungen einzubeziehen.“ Jung hat dem nicht widersprochen. Dabei muß Jung, der Kewitz persönlich kannte, die Fehlerhaftigkeit des auf der Pressekonferenz verteilten Materials zumindest in bezug auf diesen Wissenschaftler bekannt gewesen sein.

⁴ Über die Pressekonferenz existiert ein Protokoll in den Beständen des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes, dem die folgenden Ausführungen von Reintanz entnommen sind. Ich danke Herrn Prof. Dr. Helmut Kewitz auch für dieses Dokument.

Wenn es in der Broschüre *Bonn bereitet Giftkrieg vor* auf Seite 68 heißt: „Zu jenen Wissenschaftlern, die in den USA tätig waren, gehörte beispielsweise Prof. Dr. Kewitz, der zehn Jahre lang im Forschungszentrum für C-Waffen in Edgewood (Maryland) arbeitete und erst 1958 nach Westdeutschland zurückkehrte. Seitdem war er Institutsdirektor für Veterinär-Pharmakologie an der ‚Freien‘ Universität Westberlin und setzte hier seine in den USA begonnenen Forschungen fort“, so stimmen an dieser Aussage weder die Daten und Jahreszahlen noch die Behauptungen. Dies gilt auch für S. 104: „‚Freie‘ Universität Westberlin – Institut für Veterinär-Pharmakologie und Toxikologie – Leiter: Prof. Dr. Kewitz. Programm: Fortsetzung der im Chemischen Zentrum der US-Armee in Maryland begonnenen Arbeiten an der Antidotmittelforschung. Kewitz war führend an der Entwicklung des Nervengasgegenmittels 2 PAN in den USA beteiligt. In Zusammenarbeit zwischen Kewitz und den Farbenfabriken Bayer AG wird seit 1965 in den Labors der Bayer AG in Leverkusen und im Zweigbetrieb Dormagen ein Cumarinderivat [...] getestet. Nach erfolgreichem Abschluß soll es im Einvernehmen mit dem Ministerium für Wissenschaft und Forschung Westdeutschlands den USA zur Weiterentwicklung und Großproduktion angeboten werden. Diese chemische Verbindung hat die Eigenschaft, nach Inhalation das prothrombinbildende Ferment aus dem Blut zu verdrängen, so daß es nach Verletzungen zu keiner Blutgerinnung mehr kommt. Der Stoff ist geschmack-, geruch- und farblos und äußerst schwer nachweisbar. Es ist vorgesehen, diese Cumarin-Verbindung mittels Flugzeugen zu versprühen und damit Trinkwasser zu vergiften.“

In Wahrheit war Kewitz nie in Hannover, auch nicht zehn Jahre lang, sondern als junger Wissenschaftler nur zehn Monate in den USA tätig, und zwar in New York an der Columbia University in dem Labor für Neurochemie bei Prof. David Nachmannson, einem der weltweit bedeutendsten Forscher auf diesem Gebiet. Nie arbeitete Kewitz für die US-Armee. Sein wissenschaftliches Interesse galt der Antidotforschung bei Insektiziden. Seine angebliche Zusammenarbeit mit der Bayer AG war frei erfunden, ebenso wie die mit dem Verteidigungsministerium in Bonn. Was das angeblich von ihm bei Bayer getestete Cumarinderivat anbelangt, so ist nur richtig, daß Cumarinverbindungen verbreitet sind und in der Medizin zur „Blutverdünnung“ (Marcomar) verwendet werden. Kewitz hat eine Studie über deren Stoffwechsel im menschlichen Körper durchgeführt.⁵

Die Beteiligung von Jung, der 1997 starb, Scheler und Ankermann an der Giftgas-Kampagne von 1968/69 ist auch im nachhinein ohne Zweifel geeignet, ihr Renommee zu beschädigen. Das dürfte Jung wie Scheler immer klar gewesen sein. Werner Scheler, der es in der DDR noch zum Präsidenten der Akademie der Wissenschaften und Mitglied des ZK der SED brachte, hat vor kurzem zusammen mit Peter Oehme ein Erinnerungsbuch an Friedrich Jung, der ordentliches Mitglied der Akademie war, veröffentlicht.⁶ Darin erwähnt er auch das sogenannte Gutachten, ohne allerdings klarzustellen, daß er selbst dabei involviert war, wenn er schreibt: „Als Erstautor des Gutachtens zeichnet Jung, zwei seiner Schüler werden ohne ihr Wissen als Co-Autoren genannt.“⁷ Vermutlich basiere dieses Gutachten, schreiben Scheler und Oehme weiter, auf Materialien von Petras. Das ist allerdings am wenigsten zu vermuten; denn woher sollte dieser die erfundenen Sachen wohl haben, wenn nicht vom MfS. Auch Jung versuchte

⁵ Ich danke Herrn Prof. Dr. Helmut Kewitz für die Angaben zu seiner Biographie.

⁶ Scheler, Werner/Oehme, Peter: Zwischen Arznei und Gesellschaft. Zum Leben und Wirken des Friedrich Jung. Berlin 2002 (Abhandlungen der Leibniz-Gesellschaft, Bd. 8).

⁷ Ebd., S. 141.

sich noch zu Lebzeiten von dem Machwerk zu distanzieren, als er, wie Scheler und Oehme ebenfalls mitteilen, am 20. April 1992 an Helmut Kewitz schrieb, er habe dieses Gutachten nicht verfaßt. Das ist glaubhaft; denn das Papier erinnert in Stil und Wortwahl durchaus an andere Machwerke aus der Agitprop-Küche des ZK. Allerdings ist nur schwer vorstellbar, daß Jung angesichts seines Verhaltens auf der Pressekonferenz nichts von der Broschüre und ihrem Inhalt gewußt haben sollte. Entweder hat er den Text des „Gutachtens“ autorisiert oder jedenfalls hingenommen, daß Westabteilung und MfS seinen Namen benutzt haben. Letzteres würde dann auch für Scheler gelten. Allzuviel Charakter konnte oder wollte man sich als staatskonformer, privilegierter Wissenschaftler in der DDR offenbar nicht leisten.

Die Rolle von Günter Wallraff

Die Nummer 21 der Zeitschrift *konkret* aus dem Jahr 1969 enthält in einem Beitrag mit dem Titel „Giftgas für die Bundeswehr“ unter anderem Angaben über die Fraunhofer-Gesellschaft und ihr Institut für Aerobiologie in Graftschafft. Die Verfasser, darunter Günter Wallraff, stützen sich dabei im wesentlichen auf die Angaben, die Dr. Petras nach seinem Übertritt in die DDR gemacht hat und die in der Broschüre *Bonn bereitet Giftkrieg vor* veröffentlicht wurden, ohne schlüssig nachweisen zu können, daß in Graftschafft wirklich an der Erstellung von Massenvernichtungswaffen gearbeitet wurde. Darauf kommt es *konkret* aber auch gar nicht an. Der Glaube ersetzt die Gewißheit. Der Schlußsatz des ersten Teils zum Thema „Giftgas“ lautet: „Die Bundesregierung gerät mit ihren stetig wiederholten Dementis in eine ausweglose Situation. Wer glaubt schon, daß Männer wie zum Beispiel Dr. Walter Lorenz von der Bayer A.G. in Wuppertal, die im Zweiten Weltkrieg nachweislich an der Entwicklung von B- oder C-Waffen arbeiteten, heute zwar auf denselben Gebieten forschen wie damals, doch diesmal in entgegengesetzter Zielrichtung eben unter der Bezeichnung ‚Verteidigungsforschung‘“.

Die folgenden Seiten desselben Heftes von *konkret* bringen aber doch noch etwas Neues, nämlich eine „Umfrage bei Giftmischern“. Der später als „Enthüllungsjournalist“ bekannt und wohlhabend gewordene Günter Wallraff ruft, „getarnt“ als der wirklich existierende Ministerialrat Dr. Strathmann vom Referat T II 4 des Bundesministeriums der Verteidigung, mehrere Wissenschaftler an und versucht sie für Forschungsaufträge aus dem Verteidigungsministerium zu interessieren. Telefongespräche mit Prof. Dr. Helmut Kewitz vom Institut für Veterinär-Pharmakologie der Freien Universität Berlin, Prof. Dr. Otto Klimmer von der Abteilung Toxikologie des Pharmakologischen Instituts der Universität Bonn, Prof. Dr. Hermann Eyer vom Max-von-Pettenkofer-Institut für Hygiene und Medizinische Mikrobiologie der Universität München und Prof. Dr. Horst Gärtner vom Hygiene-Institut der Universität Kiel werden mitgeschnitten und dokumentiert. Die Betroffenen, die sich in Anbetracht des vermeintlich hohen Gesprächspartners aus einem Bundesministerium höflich-zurückhaltend verhalten, haben später bei der Lektüre der Aufzeichnung den Eindruck, die Akzente seien bei ihren Ausführungen durchaus zu ihren Ungunsten verschoben worden – von den kommentierenden Bemerkungen des Journalisten ganz zu schweigen. Wie dem auch sei: Auch aus diesen Telefongesprächen, deren Charakter eigentlich für sich selbst spricht, kann an keiner Stelle die Schlußfolgerung hergeleitet werden, der professorale Gesprächspartner sei bereit gewesen, an der Produktion von Massenvernichtungswaffen mitzuwirken.

Wallraff konnte damals sein Experiment nicht weiter fortsetzen, da einige der Angerufenen sich im Verteidigungsministerium nach dem Hintergrund der Anfragen erkundigten, woraufhin von dort eine öffentliche Warnung erging. Ein Sprecher erklärte damals, das Verteidigungsministerium nehme an, „daß diese Anrufe offenbar im Interesse östlicher Stellen getätigt wurden“, wie *konkret* selbst genüßlich aus dem *Bonner Generalanzeiger* vom 23. September 1969 zitierte. Wenigstens das war ausnahmsweise einmal nicht falsch, wenn auch der *Spiegel* berichten kann, heute, 34 Jahre später, sei Wallraff bei der Geschichte, „nicht mehr ganz wohl“; er bestreite aber, „daß sie damals von der Stasi lanciert wurde“.⁸

⁸ Der Spiegel Nr. 36/2003, S. 39; vgl. auch das Interview mit Günter Wallraff in *Der Tagesspiegel* vom 5. September 2003, in dem er über seinen „Giftgas“-Artikel in *konkret* sagt: „Nicht eine meiner stärksten Arbeiten. Aber es war keine DDR-Initiative.“ Hubertus Knabe (*Der diskrete Charme*) meint dagegen, „die Unterlagen der Staatssicherheit lassen andere Schlußfolgerungen zu.“